

Antrag

der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Margit Stumpp, Beate Walter-Rosenheimer, Katja Dörner, Erhard Grundl, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Ulla Schauws, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Kordula Schulz-Asche, Dr. Danyal Bayaz, Ekin Deligöz, Dieter Janecek, Claudia Müller, Lisa Paus, Stefan Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wissenschaft im Dialog mit Gesellschaft – Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus umfassend stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In einer zunehmend komplexer werdenden Welt ist unsere offene, freiheitlich-demokratische Gesellschaft stärker als je zuvor auf eine verlässlich finanzierte und unabhängige Wissenschaft angewiesen. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse schaffen die Basis für eine evidenzbasierte, vorsorgeorientierte und weitsichtige Politik zum Wohle aller BürgerInnen. Vielfältige und kreative Interaktionsformen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft tragen zu einer demokratischen, pluralen Wissensgesellschaft mit bei. Ein starkes Band zwischen Gesellschaft und Wissenschaft stellt zudem sicher, dass gesellschaftliche Problemlagen in die Forschung Eingang finden und dadurch evidenzbasierte Antworten auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit gefunden werden.

Es geht dabei nicht um eine Einbahnstraße aus der Wissenschaft, sondern einen gegenseitigen Austausch zwischen Forschenden und Gesellschaft. Auch Regierung und Parlament sind Teil dieses Austauschs. In einer demokratischen Gesellschaft ist es entscheidend, dass Forschungsergebnisse, die kommuniziert werden, auch wahrgenommen und diskutiert werden. Es geht dabei um ein Ringen um die beste politische Lösung auf der Grundlage wissenschaftlicher Evidenz. Die ernsthafte Auseinandersetzung mit Forschungsergebnissen durch Politik und Gesellschaft stärkt Nachhaltigkeit und Akzeptanz politischer Entscheidungen. Ihre Ignoranz schwächt hingegen den ernsthaften demokratischen Diskurs ebenso wie die Wahrnehmung von Wissenschaft in der Gesellschaft.

Dabei steht Wissenschaft vor enormen Herausforderungen. So wird sie sehr direkt durch populistische Bewegungen und autokratische Regierungen bedroht, die in einer freien und unabhängigen Wissenschaft eine Bedrohung ihres eigenen Herrschaftsanspruchs sehen. Diese Entwicklungen zeigen sich aktuell in gleich mehreren Staaten weltweit. Auch Europa ist davor nicht gefeit, wie aktuelle Entwicklungen in Ungarn und Polen zeigen. Programme für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

untermauern die dramatische Situation gerade von Forschenden, die selbstbewusst über ihre Arbeit kommunizieren.

Zudem nimmt die Verbreitung von tendenziösen, aus dem Kontext gerissenen oder schlicht erfundenen Lügen, Desinformationen und Verschwörungsmymen immer weiter zu. Auch dieses Phänomen fordert Wissenschaft in Zeiten sich immer schneller drehender Informationsspiralen heraus. In der Wahrnehmung vieler Menschen entsteht eine Welt der Desinformation, welche im Widerspruch zur Welt der durch wissenschaftliche Methoden erlangten Fakten steht. Beispiele dafür sind die Leugnung der durch den Menschen verursachten Klimakrise (einschließlich der Erkenntnisse dazu aus der Arbeit des wissenschaftlich hochrangigen Weltklimarates IPCC) oder die Leugnung von Ergebnissen historischer Forschung zum Holocaust oder zum Genozid an den Armeniern. Auch gilt: Eine zunehmend komplexer werdende Welt mit steigenden Interdependenzen braucht mehr denn je eine starke, sich in öffentliche Diskurse einbringende Wissenschaft. Ihre Erkenntnisse unterstützen die Gesellschaft dabei, die Welt zu verstehen. Und durch das Aufzeigen von Lösungsvorschlägen hilft Wissenschaft der Gesellschaft dabei, die Welt mitzugestalten.

Gute Wissenschaftskommunikation braucht zwingend guten Wissenschaftsjournalismus als Gegenpart. Als vierte Gewalt im Staat und unabhängiger Beobachter nehmen WissenschaftsjournalistInnen eine zentrale Rolle ein: sie hinterfragen wissenschaftliche Publikationen, ordnen diese kritisch ein und bereiten die teils komplexen Inhalte verständlich für die Gesellschaft auf. Ein hochwertiger, unabhängiger Wissenschaftsjournalismus bildet damit die Grundlage für ein informiertes Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft und ist konstitutiv für das Funktionieren offener und demokratischer Gesellschaften.

Die Corona-Pandemie führt uns dabei tagtäglich vor Augen, wie (überlebens-)wichtig Wissenschaft, Wissenschaftskommunikation (aus der Wissenschaft) und Wissenschaftsjournalismus für uns alle sind. Die Menschen wissen das zu schätzen. Gerade in der Krise steigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Wissenschaft hierzulande, weil sie hervorragende Arbeit leistet und sich dabei gut und nachvollziehbar erklärt. Zahlreiche Forscherinnen und Forscher arbeiten gerade an wirksamen Medikamenten und Impfstoffen, um die Corona-Pandemie nachhaltig zu überwinden. Das jüngst erschienene „Corona-Spezial“ des Wissenschaftsbarometers (vgl. www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/) macht deutlich: ein Großteil der Befragten nutzt häufig oder sehr häufig journalistisch aufbereitete Informationen, um mehr über neue wissenschaftliche Entwicklungen zu Corona zu erfahren. Deutlich gestiegen ist auch das generelle Vertrauen in Wissenschaft und Forschung. Aktuell geben fast drei Viertel der Befragten an, eher oder voll und ganz in Wissenschaft und Forschung zu vertrauen.

Ist also alles in bester Ordnung? Mitnichten. Denn Wissenschaftskommunikation aus der Wissenschaft heraus fristet – jenseits von einzelnen engagierten Forschenden – weiterhin ein Nischendasein. Für WissenschaftlerInnen ist der eigene Blog, der Gastbeitrag in einer überregionalen Tageszeitung oder die Teilnahme an einem Science Slam in der Regel nicht unmittelbar karrierefördernd. Aus- und Weiterbildungsangebote in Wissenschaftskommunikation sind Mangelware und nur in seltenen Fällen Teil der Ausbildung junger WissenschaftlerInnen. Eine Wissenschaftskommunikationsforschung, die bestehende Formate evaluiert und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft, ist quasi nichtexistent.

Auf der anderen Seite findet sich der Wissenschaftsjournalismus in einer paradoxen Welt wider. Während ihm von allen Seiten Systemrelevanz zugesprochen, höchste Wertschätzung und eine nie dagewesene Nachfrage entgegen gebracht wird, verschlechtert der Einbruch der Werbeeinnahmen infolge der Corona-Pandemie die wirtschaftliche Lage des Journalismus weiter. Die sich seit Jahrzehnten im Umbruch befindende Medienbranche wird durch die Corona-Krise zusätzlich hart getroffen. Nach

Aussage der Wissenschaftspressekonferenz (WPK) schlägt diese Krise des Mediensystems sehr direkt auf den Bereich Wissenschaftsjournalismus durch: die verschlechterte Finanzlage der Verlage führt zu stark gekürzten Budgets für freie AutorInnen – viele davon WissenschaftsjournalistInnen. Doch die Krise des Journalismus ist älter: schon seit langem befindet sich der Journalismus auf Schrumpfkurs – ganze Ressorts, auch Wissenschaftsressorts sind vielfach aus den Redaktionen verschwunden; selbst in großen Redaktionen wurden Stellen gestrichen.

Der Bundesregierung scheinen diese Entwicklungen durchaus bekannt zu sein, konkrete Handlungen bleiben allerdings aus (vgl. Bundestagsdrucksache 19/9355). Dabei haben CDU, CSU und SPD den Handlungsbedarf im gemeinsamen Koalitionsvertrag beschrieben und angekündigt, „den Dialog von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu intensivieren, neue Beteiligungsformen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu erproben und die Wissenschaftskommunikation zu stärken“. Bundesforschungsministerin Karliczek hat zudem in den vergangenen Monaten vielfach betont, für wie zentral sie das Thema Wissenschaftskommunikation hält. „Forschung insgesamt (...) muss und kann mehr kommunizieren. (...) Dadurch kann es gelingen, Vertrauen in die Wissenschaft zurückzugewinnen, das in den vergangenen Jahren geringer geworden ist“, so Karliczek in einem Interview mit „DIE ZEIT“ (vgl. www.zeit.de/2018/14/anja-karliczek-bildung-schulen-umbau-deutschland/). Gleichzeitig hat sie zum Ausdruck gebracht, dass die Bundesregierung noch auf der Suche nach der geeigneten Förderung von Wissenschaftskommunikation sei. Trotz eines bereits im Oktober 2018 gestarteten Dialogprozesses zur Wissenschaftskommunikation, an welchem Vertreterinnen und Vertreter der Forschungsorganisationen und der Forschungsförderer, der Akademien und Hochschulen, des Wissenschaftsjournalismus sowie der Wissenschaftskommunikationsforschung teilnahmen, verharrt die Förderung von Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus weiter im Leerlauf. Das im November 2019 veröffentlichte „Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation“ listet bekannte Probleme auf und erneuert lediglich bereits diskutierte Vorschläge, anstatt diese endlich umzusetzen.

Dabei liegen schon seit langem Vorschläge zur Förderung von Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus auf dem Tisch. Schon 1999 forderte ein breites Bündnis deutscher Wissenschaftsorganisationen, Wissenschaftskommunikation umfassend und strukturell zu stärken. Das sogenannte PUSH-Memorandum schlug vor, Wissenschaftskommunikation als Kriterien bei Begutachtungen zu berücksichtigen, die nötige Infrastruktur für eine professionelle Wissenschaftskommunikation zur Verfügung zu stellen sowie Lehr- und Weiterbildungsangebote aufzubauen. Im Juni 2017 hatten sich Leopoldina, acatech und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften in einer gemeinsamen Stellungnahme für ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation ausgesprochen und dabei gefordert, Wissenschaftsjournalismus nach dem Modell der Forschungsförderung zu unterstützen (vgl. www.leopoldina.org/de/publikationen/detailansicht/publication/social-media-und-digitale-wissenschaftskommunikation-2017/). Auch hat die WPK in 2019 ein Konzept für eine inhaltlich unabhängige Stiftung zur Förderung des Wissenschaftsjournalismus mit staatlichem Kapital vorgelegt (vgl. www.wpk.org/veranstaltungen/konferenz/symposion-stiftung-zur-foerderung-des-wissenschaftsjournalismus.html).

Dabei ist die verfassungskonforme Förderung des Wissenschaftsjournalismus nicht trivial. Unsere Verfassung dient dabei als Kompass. Die Freiheit von Presse und Wissenschaft sind zusammen in Artikel 5 des Grundgesetzes fest und unverrückbar verankert. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, aber auch die Verantwortung, die Freiheit beider Bereiche zu gewährleisten. Jegliche staatliche Förderung des Wissenschaftsjournalismus bedarf einer intensiven juristischen Prüfung.

In den letzten Monaten – insbesondere seit Ausbruch der Corona-Pandemie – waren Öffentlichkeit und Politik voll des Lobes und der Wertschätzung für Wissenschaftskommunikation und -journalismus. Jetzt gilt es, den nächsten Schritt zu machen. Was systemrelevant für unseren Staat ist, muss auch die nötige Finanzierung erhalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zu prüfen, wie ein unabhängiger und innovativer Wissenschaftsjournalismus unter Beachtung aller relevanten verfassungsrechtlichen Vorgaben gefördert werden kann und dabei ein Höchstmaß an Unabhängigkeit von Staat und Parteien sichergestellt ist. Die Fördereinrichtung soll:
 - a. die Förderung neuer Kommunikationsprojekte zum Zweck haben und damit zur Förderung von Forschung und Wissenschaft sowie des demokratischen Staatswesens Deutschlands im Allgemeinen beitragen,
 - b. als Experimentierfeld auch für neue qualitativ hochwertige wissenschaftskommunikative Formate dienen und damit das Entstehen von neuen Angeboten, insbesondere in der digitalen Kommunikation ermöglichen;
2. durch die Auflegung eines neuen Förderprogramms Wissenschaftskommunikation als einen integralen Bestandteil der BMBF-Förderung auszubauen. Durch eine Förderrichtlinie in Höhe von 20 Mio. Euro über vier Jahre soll WissenschaftlerInnen die Möglichkeit eröffnet werden, eine zusätzliche Finanzierung für wissenschaftskommunikative Aktivitäten für bereits bewilligte Forschungsvorhaben zu erhalten. Die Förderrichtlinie soll nach spätestens vier Jahren auf seine Wirksamkeit evaluiert werden;
3. ein neues Forschungsprogramm „Wissenschaftskommunikation“ im Bundesbildungs- und Forschungsministerium (BMBF) einzurichten und dabei insbesondere Projekte in den Bereichen Qualitätsindikatorik und Wirksamkeitsmessung von Wissenschaftskommunikation sowie Entstehung, Ausmaß und Umgang mit Desinformation schwerpunktmäßig zu fördern;
4. gemeinsam mit den Ländern und der Allianz der Wissenschaften darauf hinzuwirken, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu Wissenschaftskommunikation an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen umfassend auszubauen. Dazu sollen entsprechende Professuren und Studiengänge ausgebaut und Wissenschaftskommunikation wichtiger Bestandteil in der Ausbildung von NachwuchswissenschaftlerInnen, z. B. in Graduiertenkolleg und strukturieren Promotionsprogrammen, sein;
5. mit den VertreterInnen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie ExpertInnen aus Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus die Reputationsmechanismen in der Wissenschaft hinsichtlich ihrer Diversität kritisch in den Blick zu nehmen und Verfahren zu entwickeln, um das Kriterium Wissenskommunikation stärker als bisher in den Reputationsmechanismen, z. B. im Rahmen von Berufungsverfahren und Vergütungsregeln zu berücksichtigen;
6. den Start des vom BMBF geplanten strategischen Dialogs über die Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation in Deutschland (#FactoryWisskomm) nicht länger zu verzögern, sondern diesen unverzüglich und auf oberster Leitungsebene zu beginnen;
7. durch ein wettbewerbliches BMBF-Sonderprogramm all jene Akteure im Wissenschaftssystem zu stärken, die bereits heute Aus- und Weiterbildung für WissenschaftlerInnen, insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen, in den Bereichen Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus anbieten, um diesen einen Ausbau ihres Bildungsangebotes zu ermöglichen und damit all jene

WissenschaftlerInnen weiterzubilden, die ihre Wissenschaft in die Breite der Gesellschaft kommunizieren wollen;

8. ein ressortübergreifendes und online öffentlich zugängliches Monitoring einzuführen, an welcher Stelle wissenschaftliche Expertise systematisch in Regierungshandeln eingeflossen ist, und dem Bundestag regelmäßig darüber zu berichten;
9. bestehende Förderungen wissenschaftskommunikativer Formate auf der Basis wissenschaftlicher Evaluationen qualitativ weiterzuentwickeln und quantitativ aufzustocken:
 - a. das „Haus der kleinen Forscher“ langfristig finanziell absichern und auf der Grundlage eines breiten Innovationsverständnisses weiterzuentwickeln, welches nicht-technische und soziale Innovationen mit einschließt;
 - b. die Themen und Inhalte der Wissenschaftsjahre stärker partizipativ zu entwickeln und das Thema des jeweiligen Wissenschaftsjahres durch eine Bürgerabstimmung auszuwählen;
 - c. Orte gelebter der Wissenschaftskommunikation wie Technikmuseen, Naturkundemuseen oder auch das Futurium in ihren Bestrebungen zu mehr Partizipation durch die BürgerInnen und mehr Interdisziplinarität zu unterstützen;
10. Bürgerwissenschaften, Reallabore, Experimentierräume und ähnliche Methoden, mit denen wissenschaftliche Problemstellungen und Lösungsoptionen anhand realer Veränderungsprozesse gemeinsam von Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet werden, sowie die systematische und dauerhafte Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Formulierung und Durchführung von Forschungsprojekten verstärkt zu fördern (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4857).

Berlin, den 16. Juni 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

